

Entschließungsantrag **der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zu der Erklärung der Bundesregierung

Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Das von der Bundesregierung beschlossene Aktionsprogramm ist Ausdruck einer Endzeitstimmung bei den Koalitionsparteien und belegt nachdrücklich, daß der Bundeskanzler und die Koalition zu Recht das Vertrauen der Wähler und Wählerinnen verloren haben. Niemand kann übersehen, daß nach elf Jahren konservativ-liberaler Politik in Deutschland nahezu vier Millionen Menschen ohne Arbeit sind und fast zwei Millionen Menschen sich in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befinden. Von den etwa zehn Millionen Arbeitsplätzen, die es 1989 in Ostdeutschland gegeben hat, sind nur noch etwa fünf Millionen übriggeblieben. Die Bundesregierung hat zugelassen, daß die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen weitergeht. Sie hat dazu beigetragen, daß die Armut in Deutschland sich immer mehr ausweitet und die Einkommensentwicklung weiter auseinanderläuft.
2. Der wirtschafts- und finanzpolitische Kurs der Bundesregierung hat sich als falsch erwiesen. Die Bundesregierung hat auf marktwirtschaftliche Selbststeuerungskräfte vertraut, wo staatliche Aufbaumaßnahmen notwendig waren, sie hat die Wahrheit über die Dauer und die Kosten für den Aufbau in den neuen Bundesländern über einen langen Zeitraum hinweg geleugnet und sie hat aus dem offensichtlichen Scheitern ihrer Politik keine Konsequenzen gezogen. Nach den Täuschungen und Irreführungen versucht die Bundesregierung jetzt mit blindem Aktionismus eine neue wirtschaftspolitische Kompetenz vorzugaukeln. Nur zu offensichtlich ist, daß die Koalitionsparteien dabei nur auf Wählerstimmen schielen.

3. Das Aktionsprogramm wird den weiteren Anstieg der öffentlichen Verschuldung nicht verhindern. Der Schuldenanstieg zu Lasten zukünftiger Generationen geht ungebremsst weiter. Die Einsparungen, die der Bundesminister der Finanzen als zusätzlichen Beitrag zur Konsolidierung ausgibt, sind lediglich ein Vollzug der Haushaltsfestlegungen, die bereits im November 1993 beschlossen worden sind. Die Neuverschuldung im Jahr 1994 wird dennoch fast 70 Mrd. DM erreichen und die Bundesaussgaben werden mit 4,8 vom Hundert nahezu doppelt so hoch sein wie die Vorgabe der mittelfristigen Finanzplanung. Am Befund des Sachverständigenrats, der ein „dramatisches Bild“ der Staatsfinanzen feststellte, hat sich nichts geändert. Die Ankündigung eines finanzpolitischen Konsolidierungskurses im Aktionsprogramm der Bundesregierung ist eine Irreführung.
4. Die unsoziale Steuerpolitik der Bundesregierung wird fortgesetzt und weiterhin werden elementare Verfassungsgrundsätze verletzt. Immer häufiger muß das Verfassungsgericht die Bundesregierung zu verfassungskonformen Steuergesetzen zwingen. Nach dem Zinsurteil und dem Urteil zur Besteuerung des Existenzminimums wird die Bundesregierung auch bei der Bewertung von Grundvermögen einen verfassungswidrigen Zustand erst beenden, wenn das höchste Gericht sie dazu auffordert. Nicht nur das Steuerrecht, sondern ebenso die Besteuerungspraxis ist verfassungswidrig. Die Steuergesetzgebung der letzten Jahre hat dazu geführt, daß die Steuerverwaltung nicht mehr in der Lage ist, die chaotischen und ebenso dilettantischen Regelungen zu vollziehen. Die Bundesregierung läßt es zu, daß seit Jahr und Tag eine gerechte Besteuerung faktisch nicht mehr stattfindet. Belastet werden nur noch die ehrlichen und pünktlichen Steuerzahler, deren Arbeitslohn an der Quelle besteuert wird. Die Steuerpolitik der Bundesregierung begünstigt Schattenwirtschaft und Steuerkriminalität.
5. Die Politik der wirtschaftlich und ökologisch unsinnigen Subventionen wird auch 1994 fortgesetzt. Das deutlichste Beispiel ist das Subventionssystem in der Landwirtschaft, das Verbraucher und Steuerzahler mehr kostet, als die Landwirte dem Sozialprodukt hinzufügen. Die Bundesregierung subventioniert mit jährlich etwa 30 Mrd. DM eine die Umwelt zerstörende Überproduktion im Agrarsektor. Auch andere Beispiele zeigen, daß die Bundesregierung kein Interesse am Abbau der unnötigen Subventionen hat. So wird klammheimlich die Zonenrandförderung über das Jahr 1994 hinaus fortgesetzt. Gefördert werden hier Unternehmen, für die heute der Subventionstatbestand weitgehend entfallen ist. Noch schwerer wiegt, daß damit die steuerliche Förderung von Unternehmen in den neuen Bundesländern unterlaufen wird. Kennzeichnend für die durch mächtige Interessenverbände beherrschte Subventionsvergabe ist auch die Tatsache, daß bei den Finanzhil-

fen im Bereich der Luftfahrtindustrie, der Werften und dem Stahlbereich ein einziger Großkonzern (Daimler-Benz) mit einem Anteil von 70 vom Hundert hervorsticht.

6. Die konjunkturellen Risiken werden weiter verniedlicht. Die Bundesregierung hat die Auswirkungen der zyklischen Krise der Weltkonjunktur auf die Bundesrepublik Deutschland sträflich falsch eingeschätzt. Wie in den letzten Jahren, werden vom Bundesminister der Finanzen auch jetzt wieder die konjunkturellen Gefahren übersehen. Weder werden die rapide ansteigenden Kosten der Arbeitsmarktpolitik realistisch eingeschätzt, noch werden die außenwirtschaftlichen Risiken angemessen berücksichtigt. Die Bundesregierung zieht es vor, unseriösen Wirtschafts- und Finanzprojektionen zu vertrauen.
7. Die Bundesregierung vertieft die ökologische Strukturkrise. Nach wie vor ist die Wirtschaft weltweit und in Deutschland ökologisch falsch gepolt. Immer noch beruht sie auf Ressourcenverschwendung und Energievergeudung. Nach wie vor betreibt sie Raubbau an der Zukunft. Doch statt den überfälligen ökologischen Strukturwandel mit den ohnehin notwendigen Veränderungen zugleich anzugehen, schiebt ihn die Bundesregierung erneut auf die lange Bank. Statt mit einer ökologischen Modernisierung eine neue Entwicklung in Ökonomie und Gesellschaft einzuleiten, fehlt dem Aktionsprogramm jede ökologische Dimension. Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung hält ungeachtet der fortschreitenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen an ihrer eindimensionalen, linearen Wachstumsausrichtung fest. Trotz einer großen Zahl ordnungsrechtlicher Eingriffe, trotz hoher Investitionen in Filteranlagen und Katalysatoren nimmt die Belastung der Umwelt und der menschlichen Gesundheit weiter zu. Effiziente umweltschonende Technologien allein bewirken nichts, wenn nicht gleichzeitig der Lebensstil des ungebremsten Wachstums gestoppt wird. Wachsende Müllberge, zunehmende Bodenkontamination, Trinkwassergefährdung durch Agrochemie, ansteigende Luft- und Atmosphärenverschmutzung, ein weiter sterbender Wald und ein Artenschwund, der dramatische Ausmaße angenommen hat, dokumentieren, daß die bisherigen staatlichen Maßnahmen mit den exponentiellen Abläufen der Naturvernichtung nicht Schritt halten konnten.
8. Die Bundesregierung benutzt weiterhin die Kassen der Sozialversicherungen zur Finanzierung der Kosten der deutschen Einheit: Allein im Jahr 1993 waren dies etwa 20 Mrd. DM. Seit 1990 addieren sich diese Beträge auf etwa 70 Mrd. DM. Die Ankündigung, daß diese Politik nicht mehr fortgesetzt werden soll, ist nicht ernstzunehmen. Ein großer Teil der durch die verfehlte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung hervorgerufenen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland wird über den höheren Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung finanziert. In den

Jahren 1991 bis 1993 entstand in den neuen Bundesländern insgesamt ein Defizit der Bundesanstalt für Arbeit von 93 Mrd. DM. Davon tragen die westdeutschen Beitragszahler etwa zwei Drittel, während der Bund nur ein Drittel durch Zuschüsse beiträgt. Auch in der Rentenversicherung werden Defizite in Ostdeutschland vor allem durch die westdeutschen Beitragszahler getragen. Wichtige Wählergruppen der Parteien der Regierungskoalition – vor allem aus der Gruppe der Beamten und Selbständigen – werden damit begünstigt. Damit wird nicht nur die soziale Schieflage bei der Steuer- und Abgabenbelastung vertieft. Die Bundesregierung trägt mit dieser Politik der unsozialen Umverteilung zugleich dazu bei, daß der Anstieg der Lohnnebenkosten ungebremsst weitergeht.

9. Beschäftigungspolitik präsentiert die Bundesregierung mit ihrem Aktionsprogramm nur Altbekanntes. Die Politik des Problemaussitzens wird fortgesetzt. Ausgaben und Neuverschuldung der Bundesanstalt für Arbeit werden kontinuierlich ansteigen. Die Freigabe des Vermittlungsmonopols der BA wird den Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht bremsen können. Ein „Beschäftigungsprogramm“ wird nur vorgegaukelt. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, der bereits die Pflegeversicherung den Koalitionsstreitigkeiten opfern mußte, hat zugelassen, daß die ABM-Zuschüsse gekürzt, daß eine Art „freiwilliger Arbeitsdienst“ eingeführt und die amtliche Arbeitsvermittlung generell privatisiert werden soll.
 10. Die Politik der Bundesregierung verfestigt die Massenarbeitslosigkeit. Folgt man den Vorschlägen der Bundesregierung, dann heißt die Lösung der Probleme: Deregulierung, Sozialabbau, Abbau der Umweltstandards, Abbau von demokratischer Bürgerbeteiligung. Mit einer Kostensenkungspolitik durch den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft hilft die Bundesregierung den Millionen Arbeitslosen nicht weiter und auf Dauer auch nicht der Wirtschaft, denn auch sie profitiert auf Dauer von vergleichsweise hohen Standards in Deutschland. Die Probleme dieses Landes bündeln sich in der Tatsache, daß die Wirtschaft den wichtigsten Produktionsfaktor, die Motivation, die Schaffenskraft und den Ideenreichtum von Millionen Menschen brachliegen läßt. Die Massenarbeitslosigkeit ist nicht nur eine soziale Tragödie, sie ist zugleich eine ungeheure Verschwendung einer für die Wirtschaftskraft entscheidenden Ressource.
- II. Die Bundesregierung wird zu einer grundsätzlichen Revision ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik aufgefordert. Eine Umkehr ist vor allem in folgenden Bereichen notwendig:
1. Der dramatische Schuldenanstieg in der Bundesrepublik Deutschland muß gebremst werden. Durch die steigenden Zinsbelastungen wird die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates zunehmend eingeschränkt, die Schuldenlast wird deshalb vor allem zukünftige Generationen belasten.

Konsolidierungsmaßnahmen sind deshalb notwendig, um die staatlichen Finanzen langfristig auf einer sozialverträglichen Basis zu sichern. Notwendig ist dabei auch, die konjunkturellen Bedingungen der Konsolidierungspolitik zu berücksichtigen. Die Kürzung von Sozialleistungen in der Krise ist deshalb nicht nur sozial ungerechtfertigt, sondern ist auch ökonomisch unsinnig.

2. Eine Neuorientierung der Finanzpolitik muß das Gebot der sozialen Gerechtigkeit berücksichtigen. Dies betrifft nicht nur die Belastung der Bürgerinnen und Bürger mit Steuern und Abgaben, sondern ebenso die undurchschaubare und interessengeleitete Ausgabenpraxis der Bundesregierung. Bei den Einsparmaßnahmen sind in den letzten Jahren vor allem die unteren Einkommen belastet worden, während die hohen Einkommen und Vermögen ungeschoren blieben oder sogar entlastet worden sind. Notwendig ist deshalb zuallererst eine Abkehr von der Orientierung an mächtigen Interessengruppen und dem Eigennutz der Staatsbürokratie.
3. Von den Ausgaben des Bundes profitieren vielfach gesellschaftliche Gruppen, die nicht der staatlichen Unterstützung bedürfen. Die Bundesregierung hat diesen Zustand nicht geändert, obwohl sie einmal mit dem Versprechen angetreten ist, die Subventionen grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen. An die Stelle der klientelorientierten Subventionierung muß eine neue Form öffentlicher Förderleistungen treten. Dabei kann es nicht allein darum gehen, generelle und pauschale Subventionskürzungen vorzunehmen, vielmehr müssen die Förderprogramme und die Einzelförderung im Rahmen einer längerfristig angelegten ziel- und ergebnisorientierten Planung beurteilt werden. Eine durch Befristung sichergestellte regelmäßige Evaluierung würde zugleich eine stärkere parlamentarische Kontrolle der Ausgabenpolitik ermöglichen.
4. Staatlicher Ausgabenpolitik, steuer- oder kreditfinanzierter staatlichen Nachfrageprogrammen sind enge Grenzen gesetzt. Um so größere Bedeutung besitzt heute eine strukturell ausgerichtete Wirtschaftspolitik. Notwendig ist eine Wirtschaftspolitik, die die Überlebenschancen der noch vorhandenen industriellen Substanz in Ostdeutschland, soweit irgend möglich, wahrt, und darüber hinaus den ohnehin sich vollziehenden Strukturwandel der Wirtschaft ökologisch und sozial gestaltet. Auf dem Programm verantwortlicher Wirtschaftspolitik stehen zwei zentrale Aufgaben: Zum einen der ökologische Umbau, das Umsteuern auf ein umweltverträgliches, nachhaltiges Wirtschaften und zum zweiten die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.
5. Vordringlich ist eine ökologische Reform des Steuersystems, die endlich dafür sorgt, daß den Entscheidungen von Unternehmen und Bürgern ökologisch richtige Preise zugrunde liegen. Sie wird die Verschwendung von Energie

und Ressourcen eindämmen, umweltschädliche Produkte vom Markt verdrängen und umweltverträglicheren neue Chancen einräumen. Aber es geht nicht darum, Ökosteuern zusätzlich zu der bestehenden hohen Abgabenbelastung zu erheben, sondern im Gegenzug die Sozialversicherungssysteme von Aufgaben zu entlasten, die aus der deutschen Vereinigung resultieren und die die Bundesregierung schon von vornherein hätte aus Steuermitteln finanzieren müssen. Wenn die Arbeitslosenversicherung und die Rentenversicherung von einigungsbedingten beziehungsweise versicherungsfremden Aufgaben entlastet würde, käme das einer deutlichen Senkung der Lohnnebenkosten gleich. Zusätzlich zu dieser Entlastung von Unternehmen und Arbeitnehmern bedarf es eines sozialen Ausgleichs für die Bezieher von Transfereinkommen wie Sozialhilfe, BAföG und Arbeitslosenhilfe.

6. Anreize für einen beschleunigten ökologischen Strukturwandel muß eine Forschungs- und Technologiepolitik bieten, die die Entwicklung neuer, umweltangepaßter Produkte und Technologien bis zu deren Markteinführung intensiv fördert. Noch ist Deutschland ein Kompetenzstandort. Doch bei gekürzten und zudem falsch eingesetzten Forschungsmitteln wird das nicht von Dauer sein. Wir müssen von den Sonnenuntergangstechnologien abkommen. Notwendig ist die Abkehr von risikoreichen, an Großstrukturen orientierten Technologien und ein Ende der Begünstigung von wenigen Großunternehmen. Die Forschungs- und Technologiepolitik muß viel stärker auf die innovativen kleinen und mittleren Unternehmen ausgerichtet werden. Besondere Bedeutung kommt der Erhaltung und dem Wiederaufbau industrienaher Forschung in den neuen Bundesländern zu, deren Kräfteverlust in den vergangenen Jahren mehr als bedrohlich ist.
7. Schließlich steht eine ökologische Infrastrukturpolitik, namentlich Verkehrs- und Energiepolitik auf der Tagesordnung. Gerade die Beschränkung des Autoverkehrs, die Stärkung des schienengebundenen Verkehrs, der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs werden zu massiver Beschleunigung des Strukturwandels führen. Die Arbeitsplatzbilanz des ökologischen Umbaus kann und muß positiv sein. Der Strukturwandel muß so gestaltet werden, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gewahrt oder sogar verbessert wird und gleichzeitig die Produkte dem weltweiten, unausweichlichen ökologischen Wandel entsprechen.
8. Notwendig ist es jetzt, verbesserte Präferenzen für ostdeutsche Produkte zu schaffen. Zumindest bei öffentlichen Beschaffungen aber auch bei der Förderung von Investitionen mit öffentlichen Mitteln können wirksame Präferenzregeln ostdeutschen Produkten zu einer Chance verhelfen. Die Förderinstrumente der Struktur- und Regionalpolitik müssen den veränderten Bedingungen im vereinigten

Deutschland angepaßt werden. Angesichts der krassen Unterschiede zwischen Ost und West sind eine stärkere Konzentration der Mittel und höhere Förderpräferenzen erforderlich. Gleichzeitig bleibt eine Politik der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen dringend erforderlich. Hierzu zählt die Erhaltung der noch in Besitz der Treuhandanstalt befindlichen Industrieunternehmen, ihre Weiterführung in öffentlicher Regie, in Beteiligungsgesellschaften, Staatsunternehmen oder Management-Holdings. Diesem Ziel dient die Gesetzesinitiative zur Aufbringung einer Investitionshilfe der westdeutschen Wirtschaft für die Sanierung und den Neuaufbau der gewerblichen Wirtschaft in den neuen Bundesländern (Drucksache 12/6239).

9. Grundsätzlich muß die Wirtschaftspolitik in sehr viel stärkerem Umfang als bisher am Ziel der Beschäftigungsförderung ausgerichtet werden. Massenerwerbslosigkeit auf sehr hohem Niveau ist weder ein kurzfristiges Übergangsproblem noch eine schicksalhafte Konsequenz der modernen Industriegesellschaft. Mit dem herkömmlichen Instrumentarium der Konjunktur- und Wirtschaftspolitik kann die Massenerwerbslosigkeit jedoch nicht wirksam bekämpft werden. Die Bundesregierung muß deshalb die Förderung arbeitsplatzerhaltender und -schaffender Investitionen deutlich verbessern und ein Instrumentarium entwickeln, um die bestehenden Qualifikationsstrukturen den sich wandelnden Rahmenbedingungen anzupassen.
10. Notwendig ist eine substantielle Politik der Arbeitszeitverkürzungen, um die weitere Ausbreitung der Massenerwerbslosigkeit wirksam bekämpfen zu können. Darüber hinaus repräsentiert Arbeitszeitverkürzung ein auch gesellschaftspolitisch relevantes Instrument zur gerechteren Verteilung der Erwerbschancen zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen sowie zwischen Männern und Frauen. Dazu müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen verbessert werden, um Arbeitszeitverkürzungen durch die Tarifparteien zu erleichtern. Arbeitszeitverkürzung wird nicht durch die Politik der Bundesregierung verwirklicht, sondern durch die Tarifpartner. Dennoch hat die Bundesregierung Möglichkeiten, die Umsetzung von Arbeitszeitverkürzungen zu befördern. Das bisherige Nebeneinander von Programmen und Fördermöglichkeiten anhand von z. B. AFG, BSHG oder EG-Mitteln muß durch ein koordiniertes Modell der Arbeitsförderung aus einer Hand ersetzt werden. Insbesondere muß der freie Zugang zur Arbeitsförderung auch für diejenigen Erwerbslosen gewährleistet werden, die zuvor nicht beitragspflichtig beschäftigt waren. Mehrjährige Beschäftigung sowie die Verknüpfung von Beschäftigung und Qualifikation sind ohne Wechsel des Förderprogramms zu ermöglichen.

Bonn, den 19. Januar 1994

Werner Schulz (Berlin) und Gruppe

